

Wo gedenken?

Zum Streit um das Berliner Holocaust-Mahnmal

Schon lange vor und auch während des Wahlkampfes wurde die Republik von den Schaukämpfen um das geplante Holocaust-Mahnmal neben dem Brandenburger Tor heimgesucht. Die einen waren für ein Mahnmal, das die anderen prompt als künstlerisch mißraten, als zu gigantisch, als aussageschwach und unangemessen ablehnten. Umgekehrt wurden die Vorschläge der Gegenseite, die sich selbstverständlich von ihrem eigenen Gedenkethos leiten ließ, mit den gleichen oder ähnlichen Argumenten vom Reißbrett gewischt. Die eigene Mahnkultur wurde jeweils hoch gerühmt, die Erinnerungskultur der jeweils anderen Seite wurde abgelehnt als ungeeignet für den besonderen Kairos, wo Bonn nach Berlin kommen will. Nichts ging mehr.

Sich zutiefst ernst nehmende Einzelpersonen, Politiker, Parteien, Verbände, die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, Literaten, Künstler, Journalisten jeder Disziplin – kurzum: *classe politique* und *classe culturelle* sprachen jahrelang miteinander und redeten prinzipiell aneinander vorbei. Eine endlose Debatte um ein geplantes Mahnmal, die zu keinem Fortschritt führte.

Ausschreibungen und Kolloquien wurden aufwendig inszeniert, gerieten jedoch stets zur mentalen Verkrampfung. Machtvolle wurden gefordert, die nicht kamen. Die Debatten ermüdeten und frustrierten das Publikum immer mehr. Wahlkampf und Wahltag sind jetzt vorbei. Aber wo traut sich noch jemand zu hoffen, daß es mit dem Palaver über das Holocaust-Mahnmal künftig leichter werden möchte? Die Berliner Schnauze weiß es schon lange: Letztendlich geht es nur um eine „Kranzabwurfstelle“ für diejenigen, die manchmal zum Niederlegen schleifenbehängter Staatskränze erscheinen, die

während der Gedenkminuten in der ersten Reihe stehen dürfen. Das sind dann die Momente, in denen im Licht der Scheinwerfer öffentliches Gedenken zwar zelebriert, aber nicht mehr getrauert wird.

Ein zentrales Holocaust-Mahnmal also, um unsere Schwierigkeit mit dem Trauern zu demonstrieren? Es ist noch viel schlimmer. Die kollektive Unfähigkeit ist es, gut fünfzig Jahre nach dem deutschen Holocaust selbstkritisch zu werden und aus skeptischer Grundhaltung das Vernünftige zu tun. Den Deutschen fällt es schwer, die Wunden ihrer Geschichte ohne wehleidiges Pathos zu ertragen. Darum also lieber groß bauen, um dann „weltstädtisch“ die terminbezogenen Gedenkrituale inszenieren zu können. Und was heißt im Zusammenhang mit dem Holocaust-Mahnmal „weltstädtisch“, bitte schön?

Dabei ist Berlin umstellt von ehemaligen Konzentrationslagern. Die gesamtdeutsche Geographie muß als ein teuflisches Puzzle aus Zentrallagern, Außenlagern und Hinrichtungsstätten gelesen werden. Berlin ist geradezu umzingelt von 267 niedergebrannten Synagogen in Deutschland – wären das nicht genug Stätten zu ehrlichem Gedenken und tiefer Trauer?

Wenn dann in Berlin ein zentrales Holocaust-Mahnmal gestaltet werden soll: Warum nicht in dem Stadtgebiet rund um das schon bestehende Mahnmal für die 55 000 Juden, die von da aus in die Vernichtungslager abtransportiert wurden? Dieses Mahnmal liegt direkt neben dem alten jüdischen Friedhof, der von 1672 bis 1827 benutzt wurde und den die Nazis 1943 zerstörten. In der nahen Oranienburger Straße liegt das Centrum Judaicum im Gebäude der Stiftung Neue Synagoge, um die Ecke in der Tucholskystraße dann die Synagoge der orthodoxen Gemeinde Adass Jisroel und nicht weit davon das ehemalige Scheunenviertel. Da haben die Juden gelebt, gearbeitet und gebetet, von da wurden sie abgeholt und in die Gaskammern verschleppt.

Das alles zusammen ist die Stätte in

Berlin, wo der Holocaust immer noch körperlich zu erfahren ist. Vorhanden sind die Polizeistreifen, die rund um die Uhr und Tag für Tag Schlimmeres verhindern müssen. Auch die Mahnwachen der engagierten Berliner sind schon da. Nichts fehlt für ein realitätsnahes und pathosfreies Erschrecken über die deutsche Schande. Das wäre der Ort!

Zu berücksichtigen bleiben indes die gespreizten Egos und die Sucht nach den großen Imponiergesten, die selbst bei der Erinnerung an den Holocaust nicht verschwinden will. Mit routinierter Feiertagsreden kämen sie auf dem leereräumten jüdischen Friedhof nicht mehr weiter, die Akteure unserer politischen Klasse. Keine „Kranzabwurfstelle“ nach ihrem Gusto?

Aber den Bürgern von Berlin würde dieser Ort gefallen, wo jüdisches und nicht-jüdisches Erinnern immer schon zusammenfließen. Dem Rest der Deutschen wäre dieses Mahnmal mit guten Gründen zu vermitteln, und den amerikanischen Touristen gefiele es sowieso, die mit Stadtplan in der Hand dem jüdischen Leben ihrer Großeltern in Berlin-Mitte nachspüren.

Der Grabstein des *Moses Mendelssohn*, des Aufklärungsphilosophen zur Zeit Friedrichs des Großen, des Großvaters des Komponisten, ist auf dem Friedhof neu aufgestellt, dicht neben der Stelle, von wo 55 000 Juden nach Auschwitz und Theresienstadt abtransportiert wurden. Die Blüte und die tiefste Erniedrigung unserer Kultur liegen hier nahe beieinander. Die Emanzipation und die Vernichtung der Juden in einem engen, übersichtlichen Stadtbezirk – das ist der Ort, den wir brauchen!

Auf dem leeren Friedhof lassen sich an Jahrzeiten die Kaddischgebete sprechen. Ohne neudeutsches Bauen kann an ebendiesem Ort das Wissen um die deutsche Schande im Dritten Reich dauerhaft wachgehalten werden. Das kleine Gebiet zwischen Oranienburger und Großer Hamburger Straße, mit dem leergefegten jüdischen Friedhof in seiner Mitte, wäre das Holocaust-Mahnmal, das unseren Bedürfnissen entspricht.

Da gibt es noch die Sache mit den für ein Mahnmal veranschlagten Millionenbeträgen. Ein lösbares Problem: Von den nicht verausgabten Geldern könnten in Osteuropa Synagogen, noch mehr Altersheime und vor allem Schulen für die gebaut werden, die an ihrer dortigen Heimat festhalten wollen. vo

Nacharbeit

Ein Brief von Kardinal Cassidy zur Gemeinsamen Erklärung

Auf die vielen kritischen und enttäuschten Stimmen zur offiziellen katholischen Antwort auf die „Gemeinsame Erklärung“ zur Rechtfertigungslehre (vgl. HK, August 1998, 386) hat Kardinal *Edward Idris Cassidy*, der Präsident des vatikanischen Einheitsrates, mit einem Brief an den Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes reagiert. Der Brief an Generalsekretär *Ishmael Noko* trägt das Datum des 30. Juli 1998 und wurde jetzt vom LWB veröffentlicht.

Das Schreiben aus dem Einheitsrat, der zusammen mit der Glaubenskongregation die offizielle katholische Antwort verantwortete, ist erkennbar um *Schadensbegrenzung* bemüht, sowohl im Ton wie in der Sache. Es spricht von Mißverständnissen und Einseitigkeiten bei der lutherischen Interpretation der katholischen Antwort, enthält aber gleichzeitig das indirekte Eingeständnis, daß diese Antwort so formuliert war, daß sie beim ökumenischen Partner fast zwangsläufig Befremden und Verärgerung auslösen mußte.

Wie schon Kardinal Cassidy bei der Präsentation der katholischen Antwort am 25. Juni und dann Kardinal *Joseph Ratzinger* in einem FAZ-Leserbrief (14.7.98) insistiert auch das neue Schreiben auf dem Unterschied zwischen dem ersten Teil der Antwort („Erklärung“), der die Aussagen der Gemeinsamen Erklärung über einen

„Konsens in der Rechtfertigungslehre“ und einen „hohen Grad“ an Übereinstimmung bejaht, und den im zweiten Teil („Präzisierungen“) als noch klärungsbedürftig aufgeführten Punkten. Der zweite Teil der katholischen Antwort, so Cassidy im Brief vom 30. Juli, habe einen „völlig anderen Stellenwert“ als der erste.

Die Ausführungen zum solchermaßen nochmals heruntergestuften zweiten Teil der Antwort vom 25. Juni machen gleich an mehreren Punkten *Rückzieher*. So heißt es zu den kritischen Anmerkungen der katholischen Antwort bezüglich der Rechtfertigungslehre als Kriterium, hier bestehe kein weiterer Klärungsbedarf. Abgeschwächt werden auch die ausführlichen kritischen Überlegungen der Antwort zur Frage der menschlichen Mitwirkung bei der Rechtfertigung. Schließlich schreibt Kardinal Cassidy, die katholische Kirche habe nicht die Absicht, die Autorität des lutherischen Konsenses im Blick auf die Gemeinsame Erklärung in Frage zu stellen – die Aussagen der katholischen Antwort zu diesem Punkt waren den Lutheranern am stärksten aufgestoßen.

Um Differenzierung bemüht ist der Brief von Kardinal Cassidy aber vor allem bei der Erläuterung der katholischen Einwände zum „*simul iustus et peccator*“, der Frage also, inwieweit und ob im Gerechtfertigten weiterhin Sünde zurückbleibt. Die katholische Antwort, so die sorgsam gedrechselte Formulierung, weise darauf hin, „daß die katholische Kirche nicht ohne weitere Studien und Klärungen kategorisch feststellen kann, daß die Lehre vom ‚*simul iustus et peccator*‘ nicht länger unter die Lehrverurteilungen (des Konzils von Trient) fällt“. So umsichtig war die entsprechende Passage der Antwort aber nicht gehalten.

Der Präsident des Einheitsrates kommt zu dem Schluß, der erreichte Grad der Übereinstimmung und die Art der Präzisierungen erlaubten es der katholischen Kirche, „die Gemeinsame Erklärung als ganze und ohne Verzögerung zu unterzeichnen“. Es sei seine Hoffnung und auch die von Kardinal

Ratzinger, daß diese Unterzeichnung in den kommenden Monaten stattfinden könne.

Es ist jetzt zunächst an der lutherischen Seite, dieses vatikanische Interpretations- und Verständigungsangebot hinsichtlich Gemeinsamer Erklärung und katholischer Antwort zu bewerten. LWB-Generalsekretär *Noko* sprach in einer ersten Reaktion von einer „neuen Perspektive“, wie die Antwort vom 25. Juni nach dem Brief aus dem Einheitsrat zu „lesen, zu verstehen und auszulegen“ sei. Ansonsten verwies er auf die Tagung des Exekutivkomitees im November, das über mögliche weitere Schritte beraten wird.

Bleibt die Frage an die katholische Seite: Warum nicht gleich so? Warum zunächst eine Antwort mit diversen Schwachstellen, die nachträglich dann mit viel Kunstfertigkeit interpretiert und gegen Mißverständnisse verteidigt werden muß? Die grundsätzlichen Kritiker des Unternehmens „Gemeinsame Erklärung“ und der in ihr verfolgten Methode ökumenischer Verständigung werden sich von dem neuen Schreiben aus Rom kaum beeindruckt lassen. Und Klärungsbedarf bleibt allemal. Aber es ist in den letzten Monaten viel ökumenisches Porzellan zerschlagen worden, das noch heil sein könnte. ru

Baustelle

Die „Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie“ tagte in Nijmegen

Bald kann die „Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie“ ihr zehnjähriges Jubiläum feiern. Der Zusammenschluß von inzwischen über 900 Theologinnen und Theologen aus allen Teilen Europas, davon allein 220 in der deutschen Sektion, wurde Ende 1989 gegründet, als Folgewirkung der „Kölner Erklärung“ und vergleichbarer Theologenerklärungen in anderen Ländern (vgl. HK, März 1989, 127 ff.). Damals protestierten Theologen gegen